



Detailansicht des Registereintrags

Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe e. V. (BAG-EPS)

Aktuell seit 05.10.2026 20:33:37

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007779
Ersteintrag:	08.01.2026
Letzte Änderung:	05.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Stephanstr. 5 12167 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493051565721 E-Mail-Adressen: info@bag-eps.de Webseiten: http://www.bag-eps.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christiane Erbel**
Funktion: 1. Vorsitzende
2. **Mandy Jörgensen**
Funktion: 1. stellv. Vorsitzende
3. **Hans-Joachim Erbel**
Funktion: 2. stellv. Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Dr. Christiane Erbel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

17 Mitglieder am 03.01.2026, davon:

13 natürliche Personen

4 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Der Paritätische (Mitglied in Anwartschaft)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die BAG-EPS – Bundesarbeitsgemeinschaft Elternstimme in Prävention und Suchthilfe e. V. – ist der bundesweite Zusammenschluss von Elternselbsthilfeverbänden und elterngetragenen Initiativen suchtfährdeter oder suchtkranker Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener.

Um Ihre Anliegen auf Bundesebene zu vertreten wird der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern gesucht. Insbesondere werden alle relevanten Ministerien und Ausschüsse adressiert und angesprochen. Angesichts der starken Zunahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen die mit psychischen Problemen zu kämpfen haben ist es unser Ziel anerkannter Gesprächspartner und Experte für alle partizipativen Initiativen der Ministerien und Parteien zu den Themen (Sucht-) Prävention, Mental Health und Suchthilfe zu werden

Die BAG-EPS beobachtet, begleitet und kommentiert Gesetzes-, Verordnungs- und Programmvorhaben in den Bereichen Prävention, Suchthilfe, psychische Gesundheit und

Familienpolitik. Sie entwickelt eigene fachpolitische Impulse, erstellt Stellungnahmen und beteiligt sich an Konsultationen, Anhörungen und Fachnetzwerken.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Evaluierung KCanG, KCanG 2. Säule, Verhinderung negativer Auswirkung auf die Gesundheit unserer Kinder

Beschreibung:

Wenn die Evaluierung des CanG bzw. die ev. Umsetzung der 2. Säule des KCanG negative Auswirkungen auf die Konsumrate und die Beschaffung auf dem Schwarzmarkt unserer Jugendlichen/ Jungen Erwachsenen ergibt, fordern wir konkrete Gegenmaßnahmen ein. Sei es durch gesetzl. oder ordnungspolitische Maßnahmen.

Betroffenes geltendes Recht:

KCanG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. KJHSRG: Bedarfsgerechte Hilfen und verbindliche Versorgungspfade

Beschreibung:

Die BAG-EPS setzt sich im Gesetzgebungsverfahren zum 1.KJHSRG dafür ein, dass individuelle Hilfebedarfe von Kindern und Jugendlichen weiterhin maßgeblich bleiben und Infrastruktur-bzw. Regelangebote individuelle Hilfen nicht allein aufgrund ihrer Verfügbarkeit ersetzen. Für suchtkranke und komplex psychisch erkrankte junge Menschen sollen bestehende Regelungen zur rechtskreisübergreifenden Koordination und zu Übergängen so ausgestaltet und praktisch wirksam werden, dass verlässliche Zugänge, Verantwortlichkeiten und Versorgungspfade entstehen. Eltern sollen als Wissens- und Kooperationspartner angemessen einbezogen werden. Bei der regionalen Erprobung der inklusiven Gesamtzuständigkeit sollen transparente, bundesweit anschlussfähige Zugangs- und Versorgungsstrukturen sichergestellt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 441/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturereform-Gesetz - 1. KJHSRG)

Zuständiges Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609250042** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

2. **SG2609300012** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 09/25 bis 12/25

BWA_2025.pdf